

Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2010 und Konsequenzen für die Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen (Plenarsitzung vom 22.03.2011)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Walter-Borjans. – Als nächste Wortmeldung habe ich für die Fraktion Die Linke die des Abgeordneten Sagel. – Nur zur Information: Die anderen Kollegen haben ihre Wortmeldungen zurückgezogen oder zurückgestellt.

Rüdiger Sagel*) (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ja sehr überraschend, dass ich direkt nach dem Finanzminister reden darf.

Spätestens nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist, glaube ich, eines klar geworden: Wir müssen dringend endlich etwas zur Stärkung der Einnahmeseite tun. Das ist der zentrale und wichtigste Punkt. Denn wir wollen weiter den Politikwechsel. Und wir wollen soziale Gerechtigkeit. Dazu muss die Einnahmeseite gestärkt werden.

Die Situation in Deutschland ist aber immer noch folgende: Bei großen Erbschaften ist Deutschland eine Steueroase, bei Unternehmensgewinnen ist Deutschland ein Niedrigsteuerland. Das muss dringend geändert werden. Deswegen wollen wir, dass über Bundesratsinitiativen Politik gemacht wird, die endlich die Einnahmeseite stärkt.

(Beifall von der LINKEN)

Noch einmal sehr deutlich an die Adresse von CDU und FDP: Sie haben doch in den letzten fünf Jahren hier den Sozialstaat immer mehr kaputtgespart. Und Sie wollen das Kaputtsparen fortsetzen. Wenn Herr Laumann sagt, eine präventive Haushaltspolitik sei nicht mehr möglich, dann heißt das doch ganz unstrittig: Sie wollen keine Generationengerechtigkeit, Sie wollen nichts für die Kinder und die jungen Menschen in unserem Land tun. Das ist doch Ihre Politik.

Sie haben sich hier fünf Jahre lang als Sozialräuber betätigt. Sie haben einen Raubzug durch die kommunalen Kassen in Nordrhein-Westfalen gemacht.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben den Kommunen 3 Milliarden € entzogen. Mittlerweile können nur noch acht Kommunen in Nordrhein-Westfalen strukturell gesicherte Haushalte vorweisen. Das war Ihre Politik.

Das ganze finanzpolitische Lügengebäude von CDU und FDP ist jetzt wie ein Bruchbau zusammengekracht. Das muss man hier einmal feststellen.

(Beifall von der LINKEN)

Letztlich haben Sie genau das getan, was Sie hier die ganze Zeit geißeln: Sie haben genau diese 23 Milliarden € Neuverschuldung in den letzten fünf Jahren produziert.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie haben dieses Rekorddefizit erzielt. Ihr ehemaliger Finanzminister ist doch der Herr des „Kahlen Astens“ hier in Nordrhein-Westfalen. Er hat doch genau diese Politik in den letzten fünf Jahren vorangetrieben.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Dazu kommt, dass das Ausmaß der Krise der WestLB noch immer nicht in Gänze auf dem Tisch liegt. Sie haben hier jahrelang eine Salomitaktik betrieben. Jetzt wird schon wieder von 9 Milliarden € Absicherung geredet. Und wir wissen, dass wir in die Größenordnung von 10 Milliarden €, die da noch anfallen, kommen. Das ist doch genau das, was Sie hier in den letzten Jahren gemacht haben. Sie sind doch für die Krise der WestLB verantwortlich, weil Sie nicht vernünftig kontrolliert haben, weil Sie diese Boni-Banker haben machen lassen, was sie die ganze Zeit gemacht haben, nämlich sich die Taschen vollzustopfen. Diese Politik haben Sie zugelassen.

Und Sie haben zusätzlich noch schwarze Kassen zum Beispiel beim BLB angelegt, die wir nach dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen erst einmal aufgelöst haben. Das war die Politik, die wir als Linke ganz maßgeblich mit vorangetrieben haben.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir brauchen endlich eine andere Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte endlich beenden. Ich appelliere noch einmal sehr deutlich an SPD und Grüne, endlich diese notwendigen Initiativen mit uns zusammen voranzutragen.

Und wir müssen nicht nur die Erbschaftsteuer erhöhen, eine Millionärssteuer einführen und Dergleichen mehr, sondern auch die Änderung der Grunderwerbsteuer, die 450 Millionen € in die Kassen von Nordrhein-Westfalen spülen würde, voranbringen und sie hier in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Wir sind auch dafür, weitere Betriebs- und Steuerprüfer einzustellen, damit dieses Vollzugsdefizit in Nordrhein-Westfalen endlich beendet wird. Auch hier machen wir weiter Druck. Die Linke hat da eine klare Haltung.

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Gucken Sie sich mal die Wahlergebnisse an – wir müssen Neuwahlen nicht fürchten, CDU, FDP und andere aber schon.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann das Wort.